

Die Stimme

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Stimme“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Drabest. (Neubau).
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 6649. •

Immer strebe zum Ganzen und lassst Du lieber kein Ganzes werden
••••• Als dieuendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an •••••

Insertat: Die 6 Spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitsuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Die niederlichste Art.

Die Arbeitgeber der feinkeramischen Industrie haben bei
den letzten Lohnverhandlungen wieder einmal
ihre Unersättlichkeit,
ihre Gier nach Gewinn,
ihren wahren Charakter

gezeigt.
Rücksichtslos forderten sie
Verminderung der miserablen schon stark gekürzten Löhne.
Mit anderen Worten:
Vergrößerung der bestehenden Not,
Verschärfung des Elends,
Vermehrung des Hungers
in zehntausenden von Arbeiterfamilien.

Sie nennen das: die Wirtschaft aufrichten! Wie grund-
sätzlich diese Behauptung, ja, wie menschlich und wie wirtschafts-
und volkswirtschaftlich sie ist, ergibt sich aus den Feststellungen eines
der größten Industriellen der Welt, Henry Ford. Dieser
schreibt seinen deutschen Kollegen ins Stammbuch:

„Das Herabdrücken der Löhne ist die leichteste und gleich-
zeitig niederlichste Art, um einer schwierigen Situation Herr zu
werden. In Wahrheit heißt das: die Unfähigkeit der Geschäfts-
führung auf die Arbeiter abwälzen.“

Diese zwei Sätze treffen den Nagel auf den Kopf und be-
stätigen die Wahrnehmungen in so manchen Werken der fein-
keramischen Industrie.

Kollegen und Kolleginnen, lernt aus dem Vorgehen der
Arbeitgeber, daß die Abwehr und der Kampf um neue Errungen-
schaften nur möglich sind, wenn die Geschlossenheit der Arbeiter-
schaft erhalten bleibt.

Die Arbeitgeber bilden bei ihren Anschlägen auf die Grund-
rechte der Arbeiter eine Einheit. Die Arbeitnehmer können mit
der gleichen Waffe siegen. Dazu ist die Wiederherstellung des
Vertrauens nötig. Mit dieser Waffe werden wir der nieder-
lichsten Art der Arbeitgeber tragen und sie gebührend an den
Platz stellen können.

Kollegen und Kolleginnen! Zeigt allerorts eure willige
Mithilfe!

Machtgelüste der Porzellanfabrikanten.

Trotz halber Friedenslöhne Lohnabbau gefordert.

Bei der allgemeinen Hege gegen die Arbeiterkraft glauben
auch die Porzellanfabrikanten, nicht zurückstehen zu dürfen.
Wenn es gilt, die Arbeiterkraft niederzubrechen, wollen auch sie
mit an der Spitze sein. Das haben sie von jeher so gehalten
und üben es jetzt weiter so. Kaum haben sie den Schieds-
pruch mit dem Abkommen über Überstunden ausnahmslos geschlichtet, der
gewiß vor allem in der Porzellan- und Steingutindustrie mit
ihren gewaltigen Arbeitsleistungsteigerungen gegenüber der
Vorkriegszeit nicht notwendig war, schon verspüren sie neuen
Hunger. Jetzt sind ihnen die Löhne zu hoch. Sie kündigten
kurzhand das Lohnabkommen mit Ablauf am 24. Februar
und hielten in den freien Verhandlungen, die in Berlin am
26. Februar stattfanden, den Antrag, die Löhne allgemein ab-
zubauen.

Ihre Forderung auf Abbau begründeten sie so: Die In-
dustrie braucht zur rentablen Produktion Erleichterungen. Die
Inflation sei nun vorüber. Seit Einführung der Goldlöhne
sei eine erhebliche Veränderung eingetreten. Die Lebenshaltung
habe sich ganz beträchtlich verbilligt. Von Woche zu Woche
sei es billiger geworden. Gegenüber dem 26. November 1923
habe eine Senkung des Index um 50 Proz. zu verzeichnen.
Damals hätte die Reichsmehrwert 15 Millionen betragen, und
heute betrage sie nur noch 1,04 Millionen Punkte.

Schon diese Tatsache allein rechtfertige ihr Vorgehen. Nur
wenn die Industrie in der Lage wäre, Einnahme und Ausgabe
in Einklang zu bringen, könne sie weiter bestehen. In einem
Welt in der elektrotechnischen Porzellanfabrikation (Isolatoren)
sei im Januar die Ausgabe doppelt so hoch als die Einnahme
gewesen. Der verhaftete Arbeiter müsse einsehen, daß man
dieses nicht so weiter laufen lassen könne. Die künftige Ar-
beitskraft der Woche sei in der elektrotechnischen Porzellan-
industrie die Regel und die nächsten 2-3 Monate sei keine
Änderung zu erwarten. Auch die Zugsindustrie befände sich
in einer schwierigen Lage. Die Senkung des Index habe
die Absatzgebiete Frankreich und Belgien verschlossen, und wenn
nicht noch nach dort Lieferungen gemacht würden, dann nur mit
Verlust, um sich nur den Markt und die Kunden zu erhalten.
Die Glasindustrie habe keine Auslandsaufträge mehr und
an den Inlandsaufträgen werde nichts verdient. Zudem komme
erst nach langer Frist das Geld für die Aufträge herein. Der
Steingutindustrie gehe es verhältnismäßig am besten; aber auch
sie leide unter Geldmangel. Eine Preisreduktion sei nicht
mehr möglich. Die Verkaufspreise seien nicht zu hoch und
ließen sich augenblicklich nicht herabsetzen.

Wenn die Provisionskosten im allgemeinen durch Ver-
billigung von Rohstoffen und Frachten eine Senkung
erfahren hätten, so sei dieses durch die Steuern völlig wieder
weggemacht. Ueberhaupt die Steuern; diese könnten von den
Fabriken kaum getragen werden. Was den Lohnanteil an
Produkt anbelange, so stehe fest, daß nach ihren statistischen Er-
hebungen die Löhne der Beilöhner und die der Frauen weit
über den Friedenslöhnen lägen. Im ganzen Deutschen Reich
hätte kein Mensch den Verdienst wie vor dem Krieg, in der
Porzellan- und Steingutindustrie seien aber die Verdienste der
Frauen und die der Beilöhner um circa 15 bis 20 Proz. höher
als vor dem Krieg. Bei diesen Kategorien müsse vor allen
Dingen abgebaut werden. Aber auch bei den Facharbeitern
müsse ein Abbau vorgenommen werden, nur bei den sonstigen

Arbeitern und bei den Frauen müsse der Abbau größer sein.
Die Spanne zwischen den Löhnen der sonstigen Arbeiter und
denen der Facharbeiter sei zu gering. Die Klagen der Fach-
arbeiter (?) hierüber seien berechtigt. Die Spanne müsse un-
bedingt vergrößert werden. Während in den übrigen deutschen
Industrien das Verhältnis wie 100 zu 84 sei, sei es bei uns
wie 100 zu 97. Der Reiz, Facharbeiter zu erlangen und zu er-
halten, solle wieder erweckt werden. Die Besatzungszulage müsse
in Fortfall kommen, für deren Beibehaltung seien alle Vorbe-
dingungen gefallen. Es stehe fest, im Rheinland sei es nicht
teurer als im übrigen Deutschen Reich.

Unsere Verhandlungskommission, zu der diesmal außer den
Kollegen Wollmann, Apel, Karl auch die Kollegen
Griesbach, Wredow, Erdmann und Fritsch Wal-
denburg zugezogen waren, stellte die Forderung auf, eine all-
gemeine Lohnverhöhung, und zwar um 25 Proz. Unsere Ver-
treter erklärten: Wenn man die Ausführungen des Herrn Dr.
Warnke hört, möchte man sofort bei den Arbeitern Sammlungen
veranstalten und für die notleidenden Unternehmer Suppen-
küchen anlegen. Es fehlt nur noch, daß von den „reichen“ Ar-
beitern das Kapital zum Produzieren geordert wird. Sie
glauben doch im Ernst nicht daran, daß die Löhne abgebaut
werden können. Wir lehnen es überhaupt ab, hier mit ihnen
über Lohnabbau zu reden. Nur über unsere Forderung, den
Lohn allgemein um 25 Proz. zu erhöhen, verhandeln wir mit
ihnen. Wer nicht produzieren kann, soll zumachen. Wir
können und schon denken, daß es jetzt etwas mehr Erträge er-
fordert, eine Porzellanfabrik zu leiten. Bisher konnte ja auch
jeder Schuster fabrizieren und dabei noch einen Haufen Geld
verdienen. Wenn nun einem der Unternehmer Geld und Erträge
fehlt, das können wir ihm nicht ersetzen, das kann er bestimmt
nicht am Lohn einbaren.

Eine beachtenswerte Mahnung!

Niemals dürfen die Gewerkschaften mit einem politischen
Verfall in Verdringung gebracht oder von einem solchen abhängig
gemacht werden, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollen; geschieht
dieses, so heißt das, ihnen den Todesstoß geben. Die
Gewerkschaften sind die Schulen für den Sozialismus. In den
Gewerkschaften werden die Arbeiter zu Sozialisten herangebildet,
weil ihnen da täglich der Kampf mit dem Kapital vor Augen
geführt wird. Alle politischen Parteien, mögen sie sein, welche
sie wollen, begeßern die Massen der Arbeiter nur eine Zeitlang
vorübergehend; die Gewerkschaften hingegen stellen die Masse
der Arbeiter auf die Dauer, nur sie sind imstande, eine wirkliche
Arbeiterpartei zu repräsentieren und der Kapitalmacht ein Boll-
werk entgegenzusetzen. Zu der Einheit ist die größere Masse der
Arbeiter gelangt, daß ihre materielle Lage gebessert werden muß,
mögen sie einer Partei angehören, welcher sie wollen. Wird nun
aber die materielle Lage des Arbeiters gebessert, dann kann er
sich mehr der Erziehung seiner Kinder widmen, Frau und Kinder
brauchen nicht in die Fabrik zu wandern, er selbst kann seinen
Geist mehr bilden, seinen Körper mehr pflegen, er wird dann
Sozialist, ohne daß er es ahnt.

Wenn der Index gestiegen ist, so ist gerade in den letzten
beiden Wochen wieder eine Steigerung festzustellen. Alle Waren
haben wieder bedeutend im Preise angezogen. Nur für Sie
sind für die Produktion Verbilligungen eingetreten. Die Roh-
len, die Frachten, das Eisen sind billiger geworden. Die Aus-
fuhrabgabe ist herabgesetzt, und die Lohnsteuer wird nicht mehr
erhoben. Sie sagen nicht, was Sie für Preise bekommen, da
reben Sie drum rum. Daß Sie jetzt Steuern zahlen müssen,
scheint Sie besonders zu schmerzen, und doch zahlen nach den
Feststellungen der Sachverständigen die deutschen Besitzenden
nicht die Hälfte der Steuern, wie die Besitzenden der Entente-
staaten. Aber dafür haben Sie in den letzten Jahren auch fast
gar keine Steuern bezahlt. Mit entwerteten Papieren haben
Sie nach Monaten erst bezahlt, was man dem Arbeiter sofort
vom lauer verdienten Lohn zurückbehält. Die Arbeiter zahlen
viel mehr Steuern als Sie, und sie zahlen sie noch viel pünk-
licher als Sie. Einmal muß doch das Auspumpen aufhören.
Es steht fest, daß heute die Stückpreise erheblich niedriger sind
als vor dem Krieg, und die Leistungen sind gestiegen; die es
haben wir Ihnen hundertfach nachgewiesen. Diese Gewinne
haben Sie eingestekt. Was hergehen Sie die heutigen Ver-
dienste mit den Friedensverdiensten, trotz der Leistungsteige-
rungen. Also, es muß eine Lohnverhöhung geben. Ueber Lohn-
abbau kann gar nicht verhandelt werden. Wir haben in den
letzten Wochen festgestellt, daß auch im Unternehmern-
lager die Meinungen geteilt sind. Auch dort steht eine ganze
Anzahl von kompetenten Fabrikanten auf dem Standpunkt, man
solle von der unseligen Preispolitik der Fachverbände ablassen,
man solle die Verkaufspreise herabsetzen, und der Geschäftsgang
würde sich heben. Der Zustand, die Arbeiterkraft fließt auf
die Hungerlinie festzusetzen, muß aufhören. An einem Abbau
der Besatzungszulage kann schon gar nicht gedacht werden, un-
sere Kollegen im besetzten Gebiet haben jahrelang weit unter
den Löhnen, die in anderen Industrien gezahlt wurden, ge-
arbeitet, und auch jetzt ist dieses der Fall.

Die Unternehmer gingen von ihrem Standpunkt, Lohn-
abbau vorzunehmen, nicht ab. Wir dagegen verlangten unter
allen Umständen Lohnzulagen. Die freien Verhandlungen
mühten als gescheitert angesehen werden. Die Parteien kamen
überein, das Arbeitsministerium zur Schlichtung anzurufen.

Am Schiedsgericht führten die Unternehmer, allen voran
der Direktor der G. M. Gutschmuth-Werke, Reg.-Rat Dr.
Furbach, schweres Geschütz auf.

Der Herr Reg.-Rat Dr. Furbach, der die G. M. Gutschmuth-
Werke, weit ab vom Schuß, von Dresden-W., Reich-
straße 28. aus „leitet“, erdreiste sich, vor dem unparteiischen

Vorsitzenden zu behaupten, die Leistungen der sonstigen Ar-
beiter und Arbeiterinnen, auch derjenigen, die im Afford ar-
beiten, seien nicht gestiegen. Wo mag wohl dieser „Nachmann“
seine Erfahrungen gesammelt haben. Bevor Reg.-Rat Dr.
Furbach die „Leitung“ der G. M. Gutschmuth-Werke
übernahm, war er Direktor und „Leiter“ der Porzellanfabrik
A.-G. Braunschweig, und lag auch hier fern ab vom Betrieb,
nämlich in Berlin. Von Berlin aus stand er diesem Betrieb
vor wie er jetzt die Gutschmuth-Werke von Dresden aus
leitet. Haben Sie, Herr Reg.-Rat Dr. Furbach, überhaupt
die Gutschmuth-Werke einmal von innen gesehen? Wir
bezweifeln es. Ein Vorkommnis vor dem Schiedsgericht be-
stätigt uns in dieser Auffassung. Als nämlich Dr. Furbach die
Hauptung aufstellte, die Leistungen der sonstigen Arbeiter
hätten sich nicht gesteigert, schlugen unsere Vertreter ihre Klappen
auf und brachten Leistungsteigerungen aus einem der Betriebe,
die dem Gutschmuth-Konzern angehören, vom Betrieb Tilsch,
Altmark, zum Vortrag. Dabei wurde verteidelt, daß die Ma-
terialien sich bedeutend verschlechtert hätten. Die Masse sei
viel schlechter geworden; aber trotzdem seien Leistungsteige-
rungen zu verzeichnen. Da meinte Furbach, das sei unmöglich,
die Masse könne nicht schlechter geworden sein, denn jetzt würde
ein viel besseres Porzellan im Tilsch-Betrieb hergestellt.
Abnungslöser Engel, dieser „Betriebsleiter“. Als ob mit einer
Waffe, die sich für den Arbeiter als viel schwerer zur Ver-
arbeitung darstellt, also viel schlechter verarbeiten läßt, auch
schlechteres Porzellan hergestellt werden müßte. Und solche
Herrn spielen sich als Sachleute auf, die die Arbeiten der Be-
schäftigten zu würdigen vermöchten. Der Ausdruck Wollmanns,
daß es heute manchem Betriebsleiter an Größe fehlt, wird
schon stimmen. Im Schiedsgericht wurde auch die Behauptung
aufgestellt, die Arbeiter hätten ihre Leistungen gesteigert, weil
sie die Defekte leichter machten. Sie stehen „ein paar Stufen“
weg. Ihr Arbeiter, laßt Euch dieses nicht gefallen. Das
sind Unterstellungen, die nicht unwiderprochen bleiben dürfen.
In allen Abteilungen der Betriebe müßt Ihr Euch eure Lei-
stungsteigerungen bestätigen lassen und dabei feststellen, daß
kein Streik technische Verbesserungen oder Vereinfachung des
Musters die Mehrleistungen nach sich gezogen haben.

Auch denen reicht die Waffe vom Gesicht, die im Betrieb
Euch Kollegen gegenüber erklären, sie läßen ein, es müßte eine
Lohnverbesserung kommen die Euch auffordern, Euch an Euren
Verband zu wenden und von die dem die Lohnverhöhung zu for-
dern. Holt auf diesen Schwindel nicht mehr herein, obwohl
diesen Pharisäern nicht. Uns gegenüber, bei den Lohnverhand-
lungen behaupten diese Herren, ihre Arbeiter seien zufrieden.
Mit ihren Betriebsräten würden sie für die Werte viel bessere
Tarife machen, erklärte Furbach im Schiedsgericht. Die Be-
triebsräte täten sich den Notwendigkeiten der Betrieben Er-
leichterungen zu verschaffen, nicht verschließen. Die Betriebs-
räte läßen ein, daß es besser wäre, eine Stunde pro Tag länger
zu arbeiten und dafür ein paar Pfennige billiger, um dem Be-
trieb und damit auch für die Beschäftigten überhaupt Arbeit zu
verschaffen.

Vor dem Schiedsgericht stellten die Unternehmer auch kon-
krete Anträge.

Sie verlangten Lohnabbau bei allen Facharbeitern 10 Proz.,
bei den männlichen sonstigen Arbeitern 15 Proz. bei allen Ar-
beiterinnen 20 Proz., und Herabsetzung der Besatzungszulage
auf 5 Proz.

Wir unsererseits forderten auch im Schiedsgericht nach wie
vor Verbesserung aller Löhne um 25 Proz.

Im nachstehenden lassen wir den Schiedspruch folgen. Wir
betonen ausdrücklich, daß unsere Vertreter im Schiedsgericht
gegen den Schiedspruch stimmten, und daß auch unsere Organi-
sationsleitung und die übrigen am Vertrag beteiligten Arbeit-
nehmerverbände den Schiedspruch ablehnen. Die Unter-
nehmervertreter im Schiedsgericht stimmten dem Schiedspruch zu,
und der Arbeitgeberverband hat inzwischen auch den Schieds-
pruch angenommen. An unseren Kollegen liegt es nun, das für
zu sorgen, daß eine Korrektur herbeigeführt wird.

Schiedspruch.

In der Tarifvermittlung in der deutschen feinkeramischen
Industrie zwischen dem Arbeitgeberverband der Deutschen fein-
keramischen Industrie einerseits und dem Verband der Por-
zellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutsch-
lands, sowie dem Berufsverband der deutschen Porzellan-
arbeiter und den übrigen am Tarif beteiligten Arbeitnehmerverbänden
andererseits hat die von dem auf Grund des Art. 1 § 2 Abs. 1,
Satz 2 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 vom
Reichsarbeitsminister bestellte Schlichtungskammer in der
Sitzung am 27. Februar 1924, an der teilgenommen haben:

H a n s m a n n, Kammergerichtsrat, Berlin,
als Schlichter;
Dr. F u r b a c h, Fabrikdirektor, Dresden,
Dr. R e d, Syndikus, Reg.-Rat,
Dr. D e m m e r, Syndikus, Berlin,
als Arbeitgebervertreter;
K a r l, Gewerkschaftsangehöriger, Berlin,
A p e l, Gewerkschaftsangehöriger, Berlin,
F r o m m, Gewerkschaftsangehöriger, Berlin,
als Arbeitnehmervertreter.

folgenden Schiedspruch abgegeben:

Für die Zeit vom 25. Februar 1924 an verbleibt es hin-
sichtlich der Löhne für die Facharbeiter und Facharbeiterinnen
bei der bisherigen Lohnregelung; dagegen sind die Löhne für
sonstige Arbeiter und sonstige Arbeiterinnen um 3 Proz. zu er-
mäßen.

Die besonderen Zulagen in den besetzten Gebieten sind vom
gleichen Zeitpunkt ab für Affordarbeiter auf 5 Proz. und für
Zeithilfsarbeiter auf 10 Proz. festzusetzen.

Diese Regelungen gelten bis einschließlich 23. März 1924
und verlängern sich um jeweils eine Woche, wenn sie nicht mit
Stägiger Frist gekündigt werden.

Berlin, den 27. Februar 1924.

gez.: Hansmann, Kammergerichtsrat.

Erklärungsfrist: Ablauf 1. März 1924.

2644c.

Деяту Готб.

„Warum das viele Gerede über die Verbilligung der Arbeitskraft, über den Vortheil, den ein Einteiler der Pöhne bringen würde — wäre das nicht gleichbedeutend mit einem Herabdrücken der Arbeitskraft und einem Eintreten des immerwährenden Marterlebens? Reichen Müssen hat die Industrie, wenn sie so ungeschickt gel. hiet wird, doch sie nicht allen Beteiligten eine menschenwürdige Existenz zu schaffen vermag? Keine Frage ist so wichtig wie die Lohnfrage — die Mehrzahl der Bevölkerung lebt von Löhnen. Ihr Leben- und Lohnstand ist maßgebend für den Wohlstand des Landes.“

Der viel schäfst soll viel auch Hause tragen. Der Arbeiter, der beim Unternehmen sein Bestes gibt, ist auch für das Unternehmen der Beste. Eine Qualitätsleistung kann man von ihm aber erst auf die Dauer ohne entsprechende Anerkennung nicht verlangen. Der Arbeiter, der mit dem Gefühl an sein Tagewerk herangeht, daß es ihm trotz aller Anstrengung niemals genug einbringen wird, um den Mangel von ihm fernzubringen, ist nicht in der Verfassung, ein Tagewerk gut zu leisten ... Der Sohn muß sämtliche Verpflichtungen des Arbeiters außerhalb der Fabrik erfüllen; innerhalb der Fabrik bestet er alles, was der Arbeiter an Arbeit und Denken leistet. Das produktive Tagewerk ist die unerlöschliche Quelle, die niemals erschöpfen wurde. Daher sollte der Sohn zum mindesten die anderen Verpflichtungen des Arbeiters decken. Nicht minder aber muß er ihm der Sorge um seinen Lebensabend entheben, wenn er nicht mehr arbeiten kann — und das Meiste wegen auch nicht mehr arbeiten

Unsere Volkswirthschaft ist noch nicht genügend durchorganisiert, um mehr als nur einen Bruchtheil der Löhne zahlen zu können, die eigentlich gezahlt werden müßten. Sind wir imstande, hohe Löhne anzuschütten wird auch wieder mehr Geld umgelassen, das dazu beiträgt, Lohemittelhaber, Zwischenhändler, Lieferanten und Arbeiter anderer Industriezweige wohlhabender zu machen, und ihre Volkswirthschaft wird auch auf unseren Abbruch Einfluß haben. Hohe Löhne aller Art sind gleichbedeutend mit allgemeinem Wohlstand, vorausgesetzt natürlich, daß die hohen Löhne die Saläre der Erhalter Produktion Ein-

Ein schlecht geführtes Unternehmen ist stets ein unsicheres Geschäft. Wer richtig lebt, leistet auch richtige Arbeit. Unsere Gewinne beweisen, daß wir anständiger Löhne und einer Frömmigkeit, die sich vor Veränderung unser 3 Ehemals auf rund 2 Millionen Dollar jährlich belief, hohe Löhne das Einträglichste aller Geschäftsvorgänge sah.

Das sind die Schöpfungsgeschichte eines Industriellen, dessen geistige Erbschaften sozusagen beispiellos sind. Unsere Industrie hat den umgekehrten Weg. Ihr oberstes Prinzip ist die Konkurrenz. Und das hat zu dem Resultat geführt, daß wir eine beispiellose Wirtschaftskrise erleben?

Heute Nord steht es an: Hohe Löhne sind gleichbedeutend mit allgemeinem Wohlstand, eine Lärch ist die nicht widerlegt werden kann, da sie durch Tatsachen bewiesen ist. Trotz alledem hat bei einem Lohnkampf die betriebl. Arbeiterschaft nicht die Unternehmer des betreffenden Betriebs aus den Augen zu fassen, sondern auch fast vollständig den sogenannten Mittelstand, wie Schlichter und Schneider, größere und kleinere Krämer können sich nicht genug tun über die Begehrtheit der Arbeiter und der neue Mittelstand (Pommes usw.) und der Arbeiterschaft höhere Löhne, ohne zu bedenken, daß diese nach Gehälter immer in einem gewissen Verhältnis zu einander stehen.

Die **Unternehmerauffassungen**, der **Achtundentag** sei **verloren** und infolge der **wirtschaftlichen Verhältnisse** auch in der **untermitteligen Industrie** nicht mehr **haltbar**, werden **unflüchtig** hartnäckig **und von einem Teil unserer Kollegenschaft** **überwachtet** und wie aus **einigen eingelangenen Berichten** zu **ersehen** war, auch in der **guten Form** in **Berathungen im Sinne der Unternehmer** **behandelt**. In diesen **Berichten** **ging** dann **hierauf** der **Wesinn** dieser **bedeuten** Art **Grübler**: die **Berathungskommission** habe **die Zustimmung des Schiedsrichters** in der **Frage** **über** **Achtundentag** **verloren**. Das **hätte** nicht **schon** **genug** **ge-**
hört **hürten**. Die **Sache** ist **um** **so** **weit** **ge-**
hen **der** **Opposition** **nicht** **mehr** **heraus-**
gehen **schaden** **und** **den** **Unternehmern** **nützlich** **ist**

Wir Arbeiter und Arbeiterinnen haben ein für allemal die Befreiung des Ganzzuglages, des Marktes aus dem Schicksal über die Arbeitsfrage herauszuheben und nicht die Benachteiligten. Und als wichtigste gilt für uns die Forderung 1, in dem die 40stündige Wochenarbeitszeit wie bisher einmündlich festgelegt ist. Wenn aus des bisherigen Vertrags ist an erster Stelle wieder zu setzen wurde, in denen wir bei unseren späteren Verhandlungen stets an dieses Grundgesetz berufen. Das ist aber nur möglich, wenn alle Kollegen und Kolleginnen wissen, daß es noch besteht, daß es nicht verloren ist, daß es aber durch die Idee und wirksame Schritte

Man bedenke doch, was die Organisationsleitung bei den massenhaften Arbeitslosenhandlungen machen und wie sie anpassen soll, wenn ein Teil der feinteramentlichen Arbeiterschaft Folge falscher Fühlung auf eine grundsätzliche Vertragsüberwindung berechtigt ist und den Ausgrenzungen der Arbeitgeber tritt. Die Leitung ist machtlos. Ihr fehlt jeder Rückhalt. Sie wird sich Anordnungen heraus nehmen müssen, wenn die Arbeiter sich ihr erstes und wichtiges Vertragsrecht nicht schenkt und dem Arbeitgeber nicht lässig entgegensetzt, daß Ausnahmen die Regel werden dürfen.

Vor allem ist bei den Beschäftigten eine Revivierung der Gewerkschaften notwendig, die schon vor dem Schiedspruch die

Wer nun noch mit oder ohne Absicht im Sinne der Arbeitgeber in Kollegenkreisen den Schiedspruch über die Arbeitszeit falsch auslegt und dafür Stimmung macht, ist unter Kontrolle zu stellen. Die Kollegenchaft darf es nicht dulden, daß ein Teil der Verbandsmasse, der für die Unternehmerausübung beifallt, wird und sich selbst in den Rücken fällt, ganz gleich, unter welcher Etikette die arbeiterschädliche und unternehmerfeindliche Agitation geschieht. Die Kollegenchaft muß ihre Grundrechte viel energischer wahren. Sie sollte sich ein Beispiel an den Unternehmern und ihren Vaustragern nehmen. Diese haben es verstanden, die Schiedspruchsaufnahmepunkte als allgemeine Regel hinzustellen und die Arbeitszeit so beeinflussen. Diese hat das zum Teil noch unterstützt. Wie ganz anders stünde aber die Sache, wenn es die Arbeiter im Gegensatz zu den Arbeitgebern verstanden hätten, ihre grundsätzliche Hauptvertragsrechte in den Vordergrund zu stellen.

Was in den Arbeitsordnungen, im Reichsmantelvertrag und in dem Sonderabrede, auch über die Arbeitsfrage als nicht besteht, kann nicht durch Ausnahmen beseitigt werden. Diese Wahrheit muß allen Arbeitern und Arbeiterinnen der heimischen Industrie gesagt werden und nicht das Gegenteil. Also:

Der Achtstundentag besteht noch
Der Achtstundentag ist noch Verlebensrecht.
Der Achtstundentag ist für die feinkeramische Arbeiter-
schaft insoweit der besonderen Tuberkulosegefahren eine gesund-
heitsliche Notwendigkeit.

Der Aufstandstag bleibt und wird solange bleiben, solange ihn die Arbeiterschaft ehrt, betrauert, einhält, beschützt und in den Betrieben vor den Unternehmern und der Öffentlichkeit verteidigt.

Wie nie in der Geschichte der Menschheit hat der Kapitalismus heute mit der ganzen Brutalität seiner wirtschaftlichen Macht das Proletariat in den Staub zu zwingen. Mit nicht-rächtiger Hinterlist schlächtet er die Stände der allergrößten Not für seine geringen Machtverhältnisse aus. Wie nie will der Kapitalismus heute den Klassenkampf, und wie nie ist er mit Willeitsgeiz, den das auch heute immer noch nicht sieht, daß dieser ewigen Kampfanlage über den Kampf entgegengestellt werden muß, daß diese ganze Art des kapitalistischen Herrtums zum freigewerblichkeitskampfe zwingt.

Von Freiheit, von sittlicher Kultur und allem Schönen, haben sie da draußen alle wohl in ihren höheren Schulen geirrt. Aber dennoch bringen sie es fertig, sich zu Sklavendienern zu erniedrigen und dem Proletariat durch rücksichtslose Verhöhnung der Arbeitskraft und weiteres Herabdrücken des Lohns auch noch den letzten Rest von Menschentum zu nehmen.

Kultur ist niemals dann vorhanden, wenn sie nur in den Schulstufen gelehrt wird. Kultur hängt auf das Innigste zusammen mit dem Wirtschaftsleben, und so lange das Wirtschaftssystem, wie im Kapitalismus, ein Proletariat möglich macht, eine rechtlose Masse, solange gibt es keine Kultur. Kann es keine Kultur geben. Zur Wirklichkeit wird die Kultur erst dann, wenn das Proletariat durch einen geschlossenen Kampf dem Feinde aller Kultur, dem Kapitalismus, die Faust auf den Nacken setzt und sich die Erhebung des Rechts erzwingt, die die Freiheit und Menschlichkeit erst möglich macht.

Wie hat man aber diesen gewerkschaftlichen Aufstand des Proletariats da drüben als niedrig und unfittlich verworfen, er sich eben gegen die Wurzel aller Unkultur, den Kapitalismus, wandte! Was sagt man denn da nun zu diesem Klassenkampf, zu dem der Kapitalismus heute mit solch kalter Brutalität herausfordert? Was sagt man denn zu die dem rückstehenden Sozialismus, mit dem er sich auf Grund seiner wirtschaftlichen Macht zum selbstigen Diktator über Millionen wirtschaftlich Schwachen macht?

Dießer Klassenkampf, wie er da bräben gefochten wird, der Klassenkampf mit dießem Geiste ist die allergrößte: und erwermerflächste Unsitlichkeit und Unkultur, die die ganze Weltgeschichte je gesehen hat. Denn dießer Klassenkampf d's Arbeiterklasses will nichts als dieß Geschäft, nichts a's Ausbeutung, nichts o's Verdrückung der Allerkraften Trieb. Und dießer Klassenkampf wird dennoch von der herrschenden Klasse gemacht und unterstützt.

Kultur wird allein aus dem proletarischen Wirtschaftskampf heraus, wie er in den freiwirtschaftlichen Organisationen mit ganz besonderer Stoßkraft vorhanden ist. Das Proletariat will durch den gewerkschaftlichen Kampf auch sein Recht auf Leben, auch das Recht seiner Rasse. Aber es will nicht mehr. Es will durch organisatorisches Wachen seiner neuen Stärke ein Schwächen der kapitalistischen Macht, damit es dieser werdenden neuen wirtschaftlichen Struktur heraus- und einbauen kann. Über dem gewerkschaftlichen Kampf des Proletariats steht leuchtend ein hoher sittlicher, der Menschheit nützlicher Auftragsbefehl. Das Proletariat will als Leben im Kampf des Menschentum. Es will die Idee des Rechts, die Idee der Freiheit, die Idee des Brudertums. Und eben darum muß das Proletariat einstigen weil ein hoher sittlicher

Aber das er hielt, dafür ist der geschlossene Kampf die un-
 mündige Voraussetzung. Und darum zwingt seine Zeit so wie
 unsere zur unbefangenen geschlossenen Kampfweise aller Un-
 terdrückten. Da darf es einfach keine Launen und Trägen und
 keine Feindschaften geben. Dort der kapitalistische Zusammen-
 stoß und hier der gewerkschaftlichen Verbände. Ein anderes
 ist es nicht. Und was da trägt oder schmolzend abwärts steht,

Am 2. und 3. Februar tagte in Weidach eine Konferenz der Vertreter der Kautschuk-Schulung-Fabriken. Vertreter waren aus Werthe mit 13 Vertretern. Die Tages-Ordnung lautete:

1. Berichte der einzelnen Werke.
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Vertretung durch des Ermächtigungsausschusses.
4. Der gegenwärtig in höchster Gefahr.
5. Betriebliche Angelegenheiten.
6. Verschiedenes.

Nach Tages-Ordnung selbst wurde die Zusammenlegung einer Paktie infolge der beschränkten Zeit debattelos beschlossen.

Einsleitend verwies der Vorsitzende in kurzen Worten auf bestehende Schwierigkeiten in der elektrotechnischen Industrie. Die Geschäftsverhältnisse habe sich in letzter Zeit durch Auslandsaufträge deutlich verbessert, so daß man hier zur Vollarbeit übergegangen sei. Anders die elektrotechnische Industrie; hier sei für die nächsten Monate keine Besserung zu erwarten. Zahlreiche Aufträge seien naturgemäß nicht ohne Rücksicht auf Organisation und Arbeitszeit gegeben. Um sich ein Bild zu machen, wo es um die Zeit der Besserung unserer Lage gehe, sei auf die

sei es notwendig, die Berichte der einzelnen Werke überprüfend und sachlich zu geben. Branchenweise erfolge die Berichtserstattung. Aus dieser ging hervor, daß Stahl- und Eisenrollarbeit übergegangen sind. Große Auslandsaufträge werden es der Betriebsleitung erleichtern, die neue Arbeitszeitregeln den Arbeitern zu diktiert. Noch immer stehen die Beschäftigten der Arbeitszeiterhöhung ablehnend gegenüber. Für die Mehrleistungen, trotz Achtundstundtag im Verhältnis zu 1914, sind nicht zu widerlegenden Beweise erbracht. In den elektrotechn. Werken Hermendorf, Freierhofen, Schwanborn und Margarethenhütte beträgt die Arbeitszeit gegenwärtig 28 Stunden, bis auf Schwanborn, welches 9. 11. 1923 Mithillegen hat und bereits nach bayer. Verfassung die Arbeitszeit 10 Stunden pro Tag, bezw. 30 Stunden pro Woche, hat. Allgemein waren die Erschienenen der Auffassung, daß sich in dieser Branche die Auslandskonkurrenz sehr bemerkbar macht. Nur Qualitätsarbeit könnte uns erretten und uns einen Platz auf dem Weltmarkt sichern. Zerstörerlicher Raubbau ist an den Arbeitern verübt worden. Die Betriebsleitung nur eingestellt auf Selbstverdien, auf niedrige Stückpreise und höchste Leistung, glaube sich der unwachsenden Konkurrenz jederzeit überlegen. Hunderte von qualifizierten Arbeitskollegen sind ins Ausland gegangen. Heute schon macht sich das bemerkbar. Grundsätzlich erklären die Arbeiterräte bereit und betrachten es als ihre Pflicht, mitzuarbeiten. Hand in Hand mit der Betriebsleitung, um auf Lebensqualität zu kommen. Noch sei es Zeit; der Arbeiterrat fehlt die Einsicht nicht. Volle Einsatzigkeit in dieser wichtigen Frage ist in der Debatte zum Ausdruck. Es wurde beschlossen, in eine Schreibung an das Direktorium der A.-G. heranzutreten, eine Aussprache in dieser Lebensfrage unserer Industrie mit einem Arbeiterratssmittel, der einzelnen Werke zu ermöglichen. Unter „Verhandlungsangelegenheiten“ wurde ein Uebersicht gegeben über den Stand der Mitgliederbewegung. Man konnte festgestellt werden, daß sich nennen zu wertigen Veränderungen in dieser Angelegenheit nicht bemerkbar gemacht haben trotz der Rückwirkung der schlechten Konjunktur. In Hermendorf ist auch die „Arbeitsobligatorisch“ eingeführt worden. Betreffs anderer Lohn- und Manteltariffs wurden dem Hauptvorstand besondere Beschlüsse übermittelt. Für den Abschluß des neuen Manteltariffs geht es zu rufen. Bestimmt würden die Unternehmer versuchen uns schlechtere Bedingungen auszuführen. Dießbezügliche Dinge sind in Vorbereitung von jener Stelle aus, die bereits jetzt scheint, das Rügeln an der Waagschale zu bilden. Mit allgemeiner Entrüstung wurde das Treiben jener Scharfmacher gegen Brandmarkt. Auch die Frage der Bezirks- und Branchentarife wurde lebhaft diskutiert. Allgemein kam zum Ausdruck, daß dadurch die Organisation auf keinen Fall geschlossen werden dürfte. Ein einheitlicher Lohnverrechnungsmodus für den Konzern und Umstellung der Stückpreise auf Goldpfennig soll der A.-G. und auch dem Hauptvorstand unterbreitet werden. Ueber das neue Schlichtungswesen referierte der Vorsitzende und zeigte an Hand von Beispielen, wie einschneidend auch bei das Ermächtigungsgesetz gewirkt hat. Einstimig wurde erklärt, daß das jetzt ge Schlichtungswesen unseres Tarifes, Gew- und Oberschiedsamt, ein ebenfalls sehr langsam arbeitenden Apparat geworden sei. In den seltensten Fällen ist das Schlichtungsobjekt noch aktuell, wenn es vor der höchsten Schlichtungskommission zur Verhandlung kommt. Auch in dieser Sache wurden Anregungen an den Hauptvorstand weitergegeben. Unverkennbar lebhaft gestaltete sich die Debatte bei der wichtigsten Frage „Rechnung“. Mit Bauern mußte festgestellt werden, daß die Entlohnung in den sieben Werken eine herabsetzende unzureichende ist, daß in einer Fabrik bis zum dritten Lebjahr überhaupt keine Entschädigung gezahlt wird. Ebenso bedauert wurde, daß die feinerzeit eingesetzte Kommission noch keine tarifliche Regelung fertiggebracht hat. Unter Punkt „Verdienstes“ enthielt sich noch eine längere Debatte über Vorratsspiel, Betriebskosten, Löhne und Wohlfahrtswesen. Auch hier mußte festgestellt werden, daß die Leistungen der einzelnen Pässe innerhalb des Konzerns eine recht vielseitige und verschiedne ist. Einige persönliche Bemerkungen einzelner Kollegen in Punkt „Produktion“ Arbeit und Arbeiterat wurden zur Kenntnis genommen. Eine interne Angelegenheiten, Produktionsumstellung usw., fanden nach längerer Debatte ihre Erledigung. Der Schwanborn Vertreter gab noch die Anregung, die nächste Konferenz in Schwanborn stattfinden zu lassen. Hierüber konnte kein Beschluß gefaßt werden. Ebenso bekannte sich letzterer im Namen seiner Kollegen für die finanzielle Unterstützung, die ihm die Teilnahme an der Konferenz ermöglichte. Mit einem Schlußwort des Vorsitzenden, auch fernerhin mitzuarbeiten zum Wohle der Organisation und Festhalten an dem, was wir unser größtes Recht nennen, und mitzuarbeiten am Wiedereinbau der deutschen Vorkriegsindustrie fand die Konferenz ihr Ende.

Von A. Senler, Niederlobnitz.

Vor mehr als 10 Jahren ist das Thema Massen und Führer in Partei und Gewerkschaften eingehend behandelt worden. Die älteren Leser der „Neuen Zeit“ kennen wohl die Artikel der Genossen von Elm. Abolf Braun, Bannetolo Rosa Luxemburg usw. Karl Kautsky schildert in seiner Schrift: „Partei, Imperialismus und Sozialdemokratie“ ebenfalls treffend den Unterschied zwischen politischer und gewerkschaftlicher Organisation, ebenso zwischen nichtorganisierten und organisierten Arbeitern. Während die ersteren im Klassenkampf nichts zu verlieren haben als ihre Ketten, und eine Welt zu gewinnen, haben letztere ein sehr wichtiges Instrument zu verlieren, ihre Organisation. Kautsky sagt wörtlich:

"Dadurch wird bei jedem organisierten Arbeiter die Rücksichtslosigkeit und Unbefürmmtheit etwas abgeschwächt, mit der er gegenüber der Unorganisierte in den Kampf zieht, wo immer sich eine Gelegenheit dazu bietet. Innerhalb der organisierten Arbeiter-Schicht selbst aber wird sich das Bedürfnis nach Bekehrung zu immer stärker bei jenen äußern, die die Organisation leichter Verantwortung für ihren Bestand und ihre Leistungsfähigkeit tragen, deren ganze Persönlichkeit der Organisation geweiht ist, bei jenen, die einfache Mitglieder sind, nur für sich selbst Verantwortung tragen und in der Organisation nur ein Glied ihres Tätigkeitsgebietes sehen. Der Unterschied zwischen ungeduldeten vortwärtsdrängenden Massen und zur Bekehrung mahnenden Führern wird in dem Maße größer, als die Organisationen wachsen und die Aufgaben ihrer Leitung zunehmen. Unter jenen Berufsarbeitern, die den Kampf der Organisationen, die den psychologischen Einwirkungen dieser Arbeit unterliegen, viel härter unterworfen sind als die Funktionäre, die eigentlich aus der Masse emporstehen, um nach einiger Zeit wieder in ihr zu verschwinden. Je größer die Organisationen, desto unübersichtlicher aber auch ihr Schicksal, desto zahlreicher aber auch die Feinde, desto mehr ist die Organisation dem Kampf auf dem Spiele. Damit wächst nicht nur bei den Führern die Verantwortung ihrer Leiter, es wachsen auch die Anforderungen an ihre Kenntnisse. Sie müssen sich jetzt mit Dingen vertraut machen, die dem einfachen Mitglied nicht nahe liegen, die die Masse oft nicht genügend kennt. So wird mit der wachsenden Macht der Organisationen der Unterschied in Denken und Empfinden zwischen Führern und Massen, den die Organisation an im Reine in sich tragen, immer mehr entwickelt. Aus dem Unterschied kann schließlich ein Gegensatz werden, wenn ein recht starker Gegensatz, wenn nicht starke Gegensätze entstehen, die die Organisation zu trennen können."

Diese Sätze scheinen wie für den heutigen Tag geschrieben. Denn wenn auch die Zahl der Unorganisierten heute bescheiden

Welche Behörden sind in Streitfällen von der Betriebsvertretung anzurufen?

Von H. Feldmann, Arbeitersekretär, Neuss/Donau.

Durch die praktischen Erfahrungen und die gesammelten Kenntnisse ist den Betriebsräten das Betriebsratsgesetz immer mehr eine brauchbare Waffe im Kampf gegen das Unternehmertum geworden. Durch das Betriebsratsgesetz in die einzelnen Paragraphen des Betriebsratsgesetzes und vor allem durch ein ständiges Studium und Einlesen der Rechtsprechung findet ein ständiger Betrieb immer neue Momente, welche er im Interesse der Arbeitnehmer anzuwenden kann. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Vertretung der Arbeitnehmer ist die Beachtung der im Betriebsratsgesetz vorgeschriebenen Fristen. Weiter kommt aber in Betracht, daß für eine schnelle Entscheidung in Streitfällen aus dem Betriebsratsgesetz die zuständige Behörde angerufen wird. Es ist erforderlich, daß durch die Neuordnung des Schlichtungswesens ab 1. Januar 1924, gemäß der „Verordnung über das Schlichtungswesen“ vom 30. Oktober 1923, eine wesentliche Vereinfachung eingeleitet ist. Andererseits bedarf es wiederum der größten Aufmerksamkeit der Betriebsräte, um sich so schnell wie möglich dieser Neuordnung anzupassen. Durch die Annullierung nicht zuständiger Behörden kann die Schlichtung einer Streitfrage sehr oft eine unliebsame Verzögerung erfahren. Die Wichtigkeit der bei Streitigkeiten zuständigen Behörden ist erheblich eingeschränkt. Es sind fast ausschließlich die Schlichtungsausschüsse für Gesamtschlichtungen und die Arbeitsgerichte oder deren Ersatzstellen für Einzelschlichtungen zuständig. Die zuständigen Behörden für die verschiedensten Streitfälle sind folgende:

Neben den Inhalt oder die Schaffung von Dienstvorschriften, § 75, oder der Arbeitsordnung, § 80, Abs. 1, der Schlichtungsausschüsse.

Kosten der Geschäftsführung, einschließlich der Aufwandsentschädigung für Mitglieder der Betriebsvertretung, § 86, das Arbeitsgericht.

Verzichtserklärung des Arbeitgebers, Vorlegung der Lohnbücher, § 71, das Arbeitsgericht.

Vorlegung der Betriebsbilanz einer Gewinn- und Verlustrechnung, § 72, das Arbeitsgericht.

Abhaltung und Dauer der Sprechstunden, § 76, das Arbeitsgericht.

An einer Vereinbarung von Richtlinien über die Einstellung von Arbeitnehmern, § 81, kann der Arbeitgeber nicht gezwungen werden. Es können die Bestimmungen über die Einstellung

von Arbeitnehmern in der Arbeitsordnung, § 81, Abs. 1, mitgenommen werden. Bei Streitigkeiten hierüber entscheidet der Schlichtungsausschuss.

Bei Verstoß gegen vereinbarte Richtlinien über Einstellung, §§ 82 und 83, das Arbeitsgericht.

Bei Entlassungen nach §§ 84 bis 89 entscheidet ausschließlich endgültig das Arbeitsgericht.

Die Entlassungen sind, ganz gleich, wie hoch die Werte sind, nicht berufsungsabhängig und daher sofort vollstreckbar.

Bei Entlassungen von Betriebsratsmitgliedern, ohne Zustimmung der Betriebsvertretung, § 96, Lohnlage beim Gewerbeamt, Kaufmannsgericht, Vergewerkeramt oder, wo solche nicht bestehen, beim ordentlichen Gericht. Die arbeitsgerichtliche Schlichtungskammer ist hierfür nicht zuständig.

Bei fristloser Entlassung von Betriebsvertretungsmitgliedern, welche gemäß § 96, Abs. 3, Einspruch erheben, das Arbeitsgericht.

Erlöschen der Einzel- oder Gesamtschlichtung in den Betriebsvertretungen, §§ 99 bis 41, das Arbeitsgericht.

Einführung eines vorläufigen Betriebsrates, § 43, Abs. 2, das Arbeitsgericht.

Erlöschen einer Betriebsvertretung, §§ 1 bis 7, 9 bis 14, das Arbeitsgericht.

Aufgaben und Mitwirkungsrecht, §§ 66 und 78, 91 und 92, das Arbeitsgericht.

Wahlberechtigung und Wahlbarkeit, § 20, das Arbeitsgericht.

Zahl der Betriebsratsmitglieder und deren Zusammensetzung, §§ 15 bis 19, das Arbeitsgericht.

Erlöschen der bestehenden Vertretung für die Entlassung von Betriebsvertretungsmitgliedern, § 97, das Arbeitsgericht.

Bestimmung und Höhe der Einzelstrafen, § 80, Abs. 2, das Arbeitsgericht.

Einschränkungen, wie Lohnlagen, Schadenersatz wegen Nichtanwendung der Raster, usw., das Gewerbeamt, Kaufmannsgericht, Vergewerkeramt oder, wo solche nicht bestehen, die ordentlichen Gerichte.

Für Beschwerden über den Vorsitzenden oder über die Geschäftsführung des Schlichtungsausschusses die oberste Landesbehörde.

Da zurzeit noch keine Arbeitsgerichte bestehen, gelten als solche die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Für Bezirke, wo Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nicht zuständig sind, bestehen arbeitsgerichtliche Kammern der Schlichtungsausschüsse. Diese arbeitsgerichtlichen Kammern üben dieselbe Funktion aus, wie die zu schaffenden Arbeitsgerichte.

Die Zusammensetzung u. das Verfahren der arbeitsgerichtlichen Kammern ist das gleiche, wie bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten.

Erklärung zu fordern, daß sie auf dem Boden der Gedanken und Grundätze des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Internationalen Gewerkschaftsbundes stehen, dem „Roten Kartell“ nicht beitreten und, sofern das bereits geschehen ist, aus demselben austreten.

Delegierten, die eine solche schriftliche Erklärung ablehnen, ist das Mandat zur Gewerkschaftskommission zu entziehen und an deren Stelle andere Vertreter zu entsenden.

Gegen Ortsverbände, die es ablehnen, diesen Beschluß der Plenarversammlung auszuführen, wird der Ausschuss beauftragt, im Benehmen mit dem Bundesvorstand die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Tagesordnung des Internationalen Gewerkschaftskongresses vom 2. bis 7. Juli 1924 in Wien.

1. Eröffnungsrede des Präsidenten.
2. Wahl der Mandatsprüfungskommission und anderer Kommissionen.
3. Geschäftsbericht des Bureau, Kassenbericht und Bericht der Revisoren. Berichterstatter: Joh. Esselbach.
4. Statutenänderung. Berichterstatter: J. M. Brown.
5. Organisationsfrage zwischen IGB und Internationalen Berufssekretariaten. Berichterstatter: J. Dubege.
6. Erlebigung der eingebrachten Anträge.
7. Die Stellung des IGB in der internationalen Arbeiterbewegung. Berichterstatter: Th. Leipart.
8. Die internationale soziale Bewegung. Berichterstatter: J. Dubege.
9. Internationaler Kampf gegen Krieg und Militarismus. Berichterstatter: L. Foubert.
10. Der internationale Kampf um den Achtstundentag:
 - a) Die Angriffe der Unternehmer und Reaktionen.
 - b) Die Verteidigungsmittel der Arbeiterklasse einschließlich der Betriebsratsfrage. Berichterstatter: C. Merrens.
11. Wahlen:
 - a) Wahl der Länder, aus deren Vertretern sich der Vorstand zusammensetzen wird.
 - b) Wahl der Mitglieder des Vorstandes.
 - c) Wahl der Mitglieder des Bureau.
 - d) Wahl der internationalen Sekretäre.
 - e) Wahl des Landes, in dem der nächste Kongress stattfinden soll.

Von der Keramikindustrie.

Steingutpreise 1914 und 1924. In der „Porzellan- und Glasfabrikation“ macht ein Herr E. E. Angaben von den Steingutpreisen 1914 und denen von 1924. Danach:

	1914	1924
Zeller 3	0,06 1/2 M.	0,18 M.
Scheibe 2-7	0,53	1,26
Nachttopf 2	0,28	0,64
Waschgeschloß 11. def.	1,10	2,87
„ 36 cm def.	2,25	5,25
„ 40, 42 cm def.	3,40	9,30
„ 40-42 Golddef.	4,75	15,-

Verpackungskosten betragen 1924 = 4 % 1914 = 1 %
Kassensammler 1924 = 0 % 1914 = 2 %

Mit Recht weist der Schreiber darauf hin, daß diese Preissteigerungen durch nichts gerechtfertigt sind. Aus ihnen geht hervor, daß in der Zeit der größten Wirtschaftskrise die Fabrikanten nicht das geringste Opfer brachten, sondern durch Lohnminderungen ihre mühseligen Liebergewinnen noch zu erhöhen versuchten. Unsere Steingutkollegen tun gut, sich diese Preise einmal genau anzusehen und ihre Löhne damit zu verglichen. Sie können ihre Ergebnisse einsehen, damit wir die Preispolitik des Verbandes deutscher Steingutfabriken und der anderen Organisationen ins rechte Licht rücken können.

Porzellanausstellung. Am 28. Februar wurde eine Porzellanausstellung der drei staatlichen Porzellanmanufakturen Berlin, Meissen und Kgl. Porzellanmanufaktur im Porzellanmuseum im Reichshaus in der Bellevuestraße in Berlin eröffnet.

Die Leipziger Messe. Das „Berl. Tageblatt“ bringt Ausführungen des Generaldirektors Felix Singer von der Porzellanfabrik Frankenthal über das Inlands- und Auslandsgeschäft in der keramischen Industrie folgendermaßen: Durch die Stabilisierung der Mark hat sich nicht nur die Kaufkraft im Inlande gehoben, sondern erhöht sich auch die Kaufkraft im Ausland. Wegen wird man ohne weiteres sagen dürfen, daß, soweit das Inlandsgeschäft in Frage kommt, das Resultat der Preissteigerung 1924 ein befriedigendes, sicherlich auch ein viel besseres sein wird als das der beiden Messen 1923. Leider kann ich die gleiche günstige Prognose hinsichtlich des Auslandsgeschäftes nicht stellen, weil ich von zahlreichen, bereits in Deutschland weilenden Ausländern die Klage gehört habe, daß sie auf der Messe nicht kaufen werden, falls nicht ein erheblicher Preisabbauf in sämtlichen Artikeln, z. B. der Warenhausbranche, auf der Messe Platz greifen würde.

Aus unserem Beruf.

Frankenthal. Wie aus Nummer 5 der „Ameise“ zu ersehen war, haben sich in Frankenthal Zustände herausgebildet, die es notwendig machen, vor Augen zu warnen. Die Kollegen sind Kolleginnen werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, die Warnung zu beachten.

Selb. In einer Nummer der in Bayern heimlich erscheinenden Kommunistenzeitung „Barricade“ war in einer Rede von Selb zu lesen, daß dort der Porzellanarbeiterverband von 4000 Mitgliedern 2000 verloren habe. Wenn auch der Bericht nicht den Tatsachen entspricht, so ist es bezeichnend, daß die Kommunisten auf die „Heidentaten“ in Selb mit Stolz hinweisen. Die Zahlstelle unseres Verbandes in Selb hat einen Rückgang zu verzeichnen; das stimmt, dieser ist aber darauf zurückzuführen, daß die Verhältnisse am Arbeitsplatz, die Verleumdung der Gewerkschaften überhaupt von kommunistischer Seite jahrelang in Selb durchgeführt wurde. Das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Organisationen erlitt dadurch einen großen Stoß, daß alle Reden der Kommunisten in Selb: „Einmal in die reformistischen Gewerkschaften“, nur noch weiteren Anlaß geben, die „revolutionären“ Verbandsmitglieder von den gefährlichsten Gewerkschaften wegzutreiben. De von den kommunistischen unvernünftigen Antrieben vor Jahren hinausgegebene Verleumdungspartie der Gewerkschaften zeitig gegenwärtig nicht nur in Selb die lokalen Erfolge trotz aller inwärtigen angewiesenen Gegenströmungen. Was abschließend festgestellt werden ist, nämlich das Vertrauen in den Gewerkschaften, läßt sich niemals wieder loslösen durch hundertfache Enttäuschungen, welche die Arbeiter durch die Verleumdungen der kommunistischen Gewerkschaften und deren Führer. Wer die gewerkschaftliche Einheit hervorheben will, muß anders verfahren wie die unverantwortlichen Dunkelmänner des Zentralkomitees zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Einheit, Gruppe Chemie, Abt. Porzellanarbeiter.

Selb. Da in Selb noch arbeitslose Kollegen sind und auch sonstige Missetaten herrschen, werden auswärtige Kollegen vor Arbeitsaufnahme in der Steingutfabrik Selb-Berchheim,

Agitiert für die „Ameise“!

kleiner ist als damals, so ist doch der Geist der Neuorganisierten nicht viel besser. Jetzt den Massen derselben doch oft die elementare Erkenntnis ab der Faktoren, die bei schwerwiegenden Entscheidungen in den Kämpfen der Arbeiter mitwirken. Versuchen wir die Gedanken kurz zusammenzufassen, so sehen wir, wie sehr die Arbeiter heute trotz Krieg und Revolution, trotz größerer politischer Freiheit, trotz kürzerer Arbeitszeit und vermehrter Bildungsmöglichkeit noch ihre Verwirrung haben. Er liegt in derselben Schicht:

Die Frage, die am ehesten eine Differenz zwischen Massen und Führern hervorbrufen kann, ist die, ob eine Aktion im gegebenen Falle wünschenswert ist oder nicht. Diese Frage erhebt sich oft bei rascher Beantwortung. Mitunter liegt die einzige Ursache des Scheiterns in der überstürzten Schnelligkeit des Beschlusses. Andererseits erhebt die Beantwortung dieser Frage, daß man die eigenen Kräfte sowie die des Gegners kennt, während es gleichzeitig notwendig ist, diesen über die eigene Leistungsfähigkeit im dunklen zu halten. Endlich, daß man weiß, wie nicht nur in der eigenen Lokalität, sondern in allen Lokalitäten, die in Betracht kommen, die Verhältnisse liegen.

In der Tat, bei der Entscheidung über solche Fragen entscheidet zunächst der Instinkt. Die Masse, vielfach noch aufgepeitscht von Radikalen, verlangt stürmisch eine Aktion, sei es eine lokale oder eine zentrale, und wenn der Angestellte dann nicht sofort seine Zustimmung dazu gibt, dann handelt es sich um: Spitzbube, Dummkopf, Verräter, vom Unternehmertum gekaufter usw. Da macht man zuweilen die interessante Beobachtung, daß dieselben Menschen, die gestern noch ihren angelegten Kollegen befehligen, in dem Moment, wo sie selbst eine wichtige Funktion erhalten oder gar besser Stelle einnehmen müssen, genau so handeln wie jetzt, da ihnen nach Lage der Sache gar nichts anderes übrig bleibt, oder da sie eine andere Taktik vor ihrem eigenen Gewissen und vor der Masse selbst nicht verantworten zu können glauben.

Verantwortlichkeit, das ist es, worum es sich bei der Entscheidung über das Für und Wider einer Aktion dreht. Gewiß, es mag Angst und Furcht gegeben haben und noch geben, die vielleicht allzu ängstlich waren und sind bei ihren Entscheidungen. Aber dann sind dieselben immer noch keine Schurken und Arbeiterverräter. Möge man dies doch endlich einmal einsehen. Ganz besonders in diesen Tagen, wo der Ruf nach Massenaktionen und Generalstreiks fast jede Woche einmal unser Land durchzittert, erscheint es notwendig, auf die psychologischen Zustand der Masse hinzuweisen und die Gefahren klar zu erkennen, die aus solchen Parolen mit tödlicher Sicherheit hervorgehen. Einige typische Beispiele aus der letzten Zeit:

Jedenfalls wird von irgendwem zu einer Demonstration aufgerufen gegen Lebensmittelerhöhung und Wucher. Die verantwortlichen Führer haben gewarnt und darauf hingewiesen, daß es zu Ausbrechungen kommen könnte, da sich unter den Demonstranten stets auch Elemente befinden, deren Abenteuerlust stärker ist als ihr proletarisches Klassengefühl, oft auch ihre Ehrlichkeit. Es ist auch darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Masse in ihrer begrifflichen Erregung sich leicht verirrt, wenn man nicht aus Erfahrung, daß in einer erregten Menge der geringste Anlaß genügt, um Verwirrung und Gewalttätigkeiten hervorzurufen. Doch alles Bringen hilft nichts, es wird demonstriert. Die Menge zieht durch die Straßen, macht vor dem Laden eines Großkaufmanns halt und verlangt für die Herabsetzung der Preise. Eine Kommission wird zu dem Kaufmann geschickt zum Verhandeln, bringt jedoch nach einigen Minuten einen ablehnenden Bescheid. Auf einmal liegt aus der Menge ein Stein ins Schaufenster, was ein Signal zum Sturm wirkt und im Nu ist der Laden geplündert. Die einzelnen in der Masse der Demonstranten haben dies nicht gewollt, die Anführer auch nicht. Allein es kam doch. Es kam spontan aus der Masse heraus. Folge: Aufruhr und Landfriedensbruch, verschiedene Jahre Gefängnis oder Zuchthaus für einige Teilnehmer, und die Preise — liegen ruhig weiter am nächsten Tag.

Ein anderes Beispiel: Lokalanstalt. Die Lohnkommission kommt zur Besetzung zurück und erstattet Bericht. Das Ergebnis hat nicht befriedigt. Ein Arbeiter verlangt „Härteren Druck“ auf die Direktion. Der Verhandlungsführer warnt vor Gewalttätigkeiten, denn er kennt keine Rappeneimer. Doch die Besatzung, angeleitet durch einen der lauten Schreier, lautet als der Anführer, drängt ins Direktionsgebäude. Der Direktor will die Masse zurückbringen, wird aber von den Vorberatern gestoppt und zu weiteren Angelegenheiten zu bewegen versucht. Als dies an dem letzten Willen des Direktors scheitert, kommt es zu lauten Tumulten. Persönlich werden die Funktionen der Masse bestraft, doch schon hat einer den Direktor gepöbel, die

anderen reißen ihn zu Boden und er wird jämmerlich zugerichtet. Auch hier haben die einzelnen dies nicht gewollt. Und doch ist's geschehen. Folge: Wie oben geschildert.

In den Auseinandersetzungen, die dann in den Versammlungen über solche Vorgänge folgen, da bekommt aber nicht der besonnene, warnende Führer recht, sondern jene anderen, die die Aktionsfähigkeit der Masse auf eine Probe stellen wollten, denn es ist nicht um einen Erfolg zu tun, sondern die Kämpfer um des Kampfes willen, um den „revolutionären Glanz“ nicht zum Erlahmen kommen zu lassen. Das sind die Verantwortlichen, die das Schicksal der Masse nicht klümmern, sondern die die Masse zu ihren nicht immer klar erkennbaren Zwecken mißbrauchen. Mit einigen Schlagworten ist der Zweck erreicht, ein billiger Erfolg.

Curt Meyer sagt darüber in seinem jüngst erschienenen Buch über den „Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung“, Seite 49, Jena 1923, Thüringer Verlagsanstalt, Grundpreis brochiert 1,80 M.

Die Herrschaft des Schlagwortes in den radikalen Massen — und auch bei radikalen Führern — ist ein Zeichen dafür, daß sie bewegt werden nicht von intellektueller Einsicht, sondern von Instinkten, die mit dem Instinkt und dem logischen Denken nichts zu tun haben, denen sie eben nur mit dem Mittel des Schlagwortes Ausdruck verleihen können. In demselben Buche, auf Seite 82, sagt er zu dem von uns oben geschilderten geistigen Zustand der Masse folgendes: „Es ist ein einfaches Gesetz der Massenpsychologie, daß das Individuum als Glied einer Masse, die aus irgendeinem Grunde zusammengeführt worden ist, anders denkt, fühlt, handelt als es isoliert denkt, fühlt, handelt. Eine intellektuelle Überlegung tritt in den Hintergrund, Instinkt und Gefühl wirken mächtiger denn sonst. Eine Verleumdung von Tausenden ist viel weniger ruhiger Überlegung fähig als der einzelne. — Ein einzelner der für sich die Gewalt herabschreit, kann sich als Glied einer Masse zur Gewalt hinreißen lassen. Er unterliegt der Hypnose des Masseninstinkts. Eine Masse will immer die stärkeren Mittel. Eine Masse ist immer bereit von kriegerischem Instinkt. Eine Masse übertreibt immer, sei es nach der einen oder der anderen Seite. Rücksichtslos, grausame Gewaltanwendung und Todesverachtung auf der einen Seite. Höchstmaß von Furcht und Panik auf der anderen Seite wohnen in der Masse dicht beieinander.“

Die Reaktionen einer Masse haben mit vernünftigen Überlegungen wenig oder gar nichts zu tun. Sie sind Ergebnisse ursprünglicher Instinkte. Eine erraute Masse kann in diesem Augenblick jeden, der ein Wort des Friedens oder der Vernünftigkeit spricht, als Feindling oder als Spion beschreiben und zerreißen, im nächsten Augenblick vor einem geringfügigen Widerstand in Panik auseinanderflühen.

Das sind zwar bittere Worte, die hier Curt Meyer findet, aber über der mit den Massen ständig umkehrt muß aus seiner Erfahrung heraus die Notwendigkeit dieses Urteils bekräftigen. Und nun ergibt sich aus der Erkenntnis der Psychologie der Massen, aus der Kenntnis ihrer geistigen Verfassung heraus auch die Stellung des Führers zur Masse, die wir in einem weiteren Aufsatz darlegen wollen.

Gewerkschaftliches.

Die Berliner Gewerkschaftskommission — das ist die Vertretung der örtlichen Verbandsgliederungen und Filialen — befaßte sich am 20. Februar 1924 in einer Sitzung mit der Fortführungsarbeit der Kommission in den Gewerkschaften und nahm gegen zehn kommunistische Stimmen eine Resolution an, in der u. a. festgelegt wurde:

„Das von der SPD-Zentrale im Rahmen einer mittel-europäischen Organisation geschaffene sogenannte „Rote Kartell“ als örtliche Zentrale ist eine Organisation gegen die Gewerkschaftskommission, die jeder organisierte Arbeiter ablehnen muß, und das um so mehr, als in demselben nicht nur die den freien Gewerkschaften feindliche Organisationen — Unions usw. — zusammengefaßt werden, sondern mit diesen auch die Oppositionsgruppen und die kommunistischen Fraktionen in den der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Organisationen.“

Die Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission kann es nicht dulden, daß ihre Delegierten aus dem Mitgliedschaft des „Roten Kartells“ sind. Sie lehnen ein Zusammenarbeiten mit Kollegen und Kolleginnen ab, die Mitglieder des „Roten Kartells“ sind und den Befehlen und der Disziplin ihrer Partei unterliegen.“

Die Ortsverbände sind dazu verpflichtet, von ihren Delegierten zur Gewerkschaftskommission die schriftliche

